

✉ Universität Bremen · Studierenderrat · Postfach 33 04 40 · 28334 Bremen

Beschl-Nr. 2016-03-02/04

STUDIERENDENSCHAFT

Ihr Zeichen: Ihre Nachricht vom: Unser Zeichen: Datum: 02.03.2016

Der Studierenderrat der Universität Bremen hat in seiner 6ten Sitzung am 02.03.2016 folgenden

Beschluss

gefasst:

Der Studierenderrat unterstützt den Aufruf zum bundesweiten Schul- und Unistreik des Bündnisses 'Jugend gegen Rassismus' am 27.04.2016 (siehe Anhang 1).

Anhang 1:

Aufruf zum bundesweiten Schul- und Unistreik am 27. April 2016

Seit über einem Jahr machen sich die Rassist*innen massiv in der Öffentlichkeit und auf der Straße breit. PEGIDA und seine Ableger bringen jede Woche zehntausende Rassist*innen auf die Straße. Tagtäglich gibt es Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Rassistische Mobs wie in Heidenau, Freital oder Clausewitz können ungehindert ihr Unwesen treiben, während sich seit Neujahr überall rassistische Bürgerwehren gegründet haben.

Die Grundlage für diesen Rechtsruck legten der deutsche Staat und seine bürgerlichen Parteien. Im Halbjahrestakt werden neue Asylrechtsverschärfungen im Bundestag beschlossen. Die große Koalition um CDU und SPD erfüllt nach und nach die Forderungen der AfD. Als Reaktion darauf passen sich die Oppositionsparteien des Bundestags nach rechts an. Lohnabhängige und Geflüchtete werden gegeneinander ausgespielt. Konkurrenz zwischen Arbeiter*innen, Schüler*innen sowie Studierenden und Geflüchteten wird über

Präsidium des Studierenderrats

Marvin-Lee Ellermeyer
Herms Herms
Torben Fangmann

c/o ASTA der Uni Bremen
Bibliotheksstraße 3
28359 Bremen

Telefon: 0421-218-69733
Fax: 0421-218-69734
Email: studrat@uni-bremen.de
Internet: www.sr.uni-bremen.de

Einsparung bei sozialen Ausgaben, die es schon seit Jahren gibt, aktiv konstruiert und geschürt.

Nicht weniger als 350.000 Abschiebungen bis Jahresende forderte der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU). Diese menschenverachtende Forderung ist neben jener nach dem Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete an der deutschen Grenze salonfähig geworden. Die Festung Europa wird weiter gefestigt. Es werden Mauern gebaut, inhumane Grenzkontrollen durchgeführt und Pakte mit dem türkischen Regierungschef Erdogan gemacht.

Die wahre Ursache von Flucht, mag allerdings Niemand so wirklich nennen. Mit Waffenexporten in anderen Ländern und Kriegseinsätzen, die jetzt wieder vermehrt zunehmen, spielt die deutsche Regierung eine wesentliche Rolle für die Entstehung von Fluchtursachen. Bestes Beispiel ist ihr Deal mit dem türkischen Regierungschef Erdogan. Während dieser die Außengrenzen dicht macht, liefert Deutschland gerne Waffen an die Türkei, die diese dann gegen die Kurd*innen richtet. Von den Massakern in Nordkurdistan und der Verfolgung der Kurd*innen in der Türkei allerdings will die deutsche Regierung nichts wissen. Das ist nur ein Beispiel von vielen wie die Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen der Industrieländer konkret verantwortlich sind für Armut, Krieg und Krise, die viele Leute zum flüchten bringt.

Jene Menschen, denen es gelingt, vor Krieg und Krisen zu fliehen, erwartet in Europa lange nicht der erhoffte Frieden, sondern Polizeigewalt und rassistische Unterdrückung, massenweise diskriminierende, **hochgradig ineffiziente Bürokratie** und menschenverachtende Lagerunterbringung, Arbeitsverbote und der Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben. Dies und massive Anfeindungen durch Neonazis, Rechtspopulist*innen und sogenannten "besorgten Bürger*innen" führen zu Perspektivlosigkeit und Bestürzung unter den Geflüchteten. Immer noch werden diese Fluchtursachen von der deutschen Regierung heruntergespielt oder gar nicht erst mit Flucht in Verbindung gebracht.

Gegen die rechte Offensive wollen wir nicht länger tatenlos zusehen! Wir, das bundesweite Bündnis „Jugend gegen Rassismus“ wollen die regionale Isolation durchbrechen und eine antirassistische Bewegung aus Jugendlichen, Schüler*innen, Studierenden, Geflüchteten, Arbeitslosen und Gewerkschaften sowie Initiativen, Vereinen, Organisationen und natürlich Einzelpersonen in Deutschland aufzubauen. Als Auftakt für eine bundesweite antirassistische Jugendbewegung rufen wir **am 27. April zu einem bundesweiten Schul- & Unistreik gegen Rassismus auf der Straße und im Parlament auf.**

Wir unterstützen euch dabei, den Kampf in die Bildungseinrichtungen zu tragen – in Schulen, Unis und Berufsschulen. Bildet Basisgruppen, organisiert Vollversammlungen und Veranstaltungen und mobilisiert für den Schul- und Unistreik und darüber hinaus, klärt über die rassistische

Politik der deutschen Regierung auf. Denn diese nützt nur den
Kapitalinteressen der Bourgeoisie!